

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 31. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 11.12.2018:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 30. Sitzung des Kreisausschusses am 24.09.2018	Anerkannt	
2.	Einwohnerfragestunde		
2.1.	Anregungen und Beschwerden gem. § 21 KrO NRW hier: RWE-Aktien	383/18 Verweis in den Finanzausschuss und Umweltausschuss	einstimmig, Seite 11
3.	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
3.1.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2018: Umbesetzung von Ausschüssen	384/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 11
3.2.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 29.11.2018: Umbesetzung von Ausschüssen	385/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
3.3.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.11.2018: Umbesetzung in Ausschüssen	386/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
3.4.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.12.2018: Nachbesetzung und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	387/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 13,14,15
4.	Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim Verwaltungsgericht Köln für die Amtszeit vom 01.04.2020 bis 31.03.2025	388/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 15
5.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 17.08.2018: Prüfung der Einrichtung eines Präsenz-Schalters im Straßenverkehrsamt	keine Beschlussfassung	
6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.11.2018: Mögliche Schadenersatzzahlungen aus Kartellrechtsverletzungen zum Nachteil der RSAG zur Beitragsstabilisierung verwenden	keine Beschlussfassung	
7.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 19.11.2018: Verkauf RWE-Aktien	von der TO abgesetzt	
8.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 27.11.2018: Wohnen und Leben im Rhein-Sieg-Kreis	390/18 Empfehlung an KT	MB./ SPD, Seite 17

8.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD, FDP, DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten: Resolution: Notdienstpraxis im östlichen Rhein-Sieg-Kreis einrichten	391/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17,18
9.	Richtlinien zur Förderung der Allgemeinen Sozialberatung im Rhein-Sieg-Kreis	392/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 18
10.	Fortschreibung des Nahverkehrsplans		
10.1.	Integration des freigestellten Schülerverkehrs in Bornheim und begleitende Angebotsausweitungen im Linienvkehr	393/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 18
10.2.	Neukonzeption des Busverkehrsangebotes im Teilraum Wachtberg/Bonn-Bad Godesberg und Integration des freigestellten Schülerverkehrs	394/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 18,19
11.	Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises und der Bundesstadt Bonn	395/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
12.	Projekt "Lead City Bonn" - Finanzierung des auf den Rhein-Sieg-Kreis entfallenden Eigenanteils	396/18 Empfehlung an KT	MB./ SPD, E. LINKE, Seite 19
13.	Touristische Neupositionierung der bergischen Rhein-Sieg-Kommunen; Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises in die "Naturarena Bergisches Land GmbH" und in den "Naturarena Bergisches Land e.V."	397/18 Empfehlung an KT	einstimmig, E. LINKE, Seite 20
14.	Aufbau eines "Cybersicherheits-Clusters Bonn"; Mitgliedschaft im Verein	398/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 21
15.	Einrichtung einer Geschäftsstelle Bonn/Berlin	399/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 21
16.	Errichtung eines neuen Bildungsganges „Zweijährige Höhere Berufsfachschule Ingenieurtechnik“ am Carl-Reuther-Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Hennef zum Schuljahr 2019/2020	400/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
17.	Fördernde offene Ganztagschule (FOGS) und ergänzende Betreuungsangebote an den Förderschulen des Rhein-Sieg-Kreises; Einrichtung einer Übermittagsbetreuung an der Schule An der Wicke in Alfter	401/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 22
18.	Anpassung der Vereinbarung mit der Franziskus-Schule in Neunkirchen-Seelscheid e.V. über die Beschulung von Schülern aus dem Rhein-Sieg-Kreis	402/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 22
19.	Übertragung der Gebührenhoheit auf die RSAG AöR	403/18 Empfehlung an KT	MB./ AfD, Seite 23,24
19.1.	Änderung der Unternehmenssatzung des Rhein-Sieg-Kreises über die RSAG AöR	Beschlussfassung unter TOP 19	

19.2.	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden	Beschlussfassung unter TOP 19	
19.3.	Abfallsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	404/18 Empfehlung an KT	MB./ AfD, Seite 24
19.4.	Abfallgebührensatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	405/18 Empfehlung an KT	MB./ AfD, Seite 25
19.5.	Satzung über die Gebührenerhebung im Bereich der Abfallentsorgung	Beschlussfassung unter TOP 19	
20.	Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren im Rhein-Sieg-Kreis	406/18 Empfehlung an KT	MB./ LINKE, E. AfD, Seite 27
21.	Richtlinien zur Förderung von Programmen der Gesundheitsprävention im Rhein-Sieg-Kreis	407/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 27
22.	Zukunft des Sprachheilkindergartens des Rhein-Sieg-Kreises in Siegburg, Arndtstr. 4a	408/18 Empfehlung an KT	MB./ 3 SPD, 1 E. SPD, 1 E. CDU, Seite 28
		409/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 28
23.	Jahresabschluss 2017; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2017 ausgewiesenen Jahresüberschusses	410/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 28,29
23.1.	Fusion der Kreissparkasse Köln mit der Stadtparkasse Bad Honnef	411/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 29
24.	Haushalt 2019/2020		
24.1.	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020	keine Beschlussfassung	
24.2.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2019 / 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen	keine Beschlussfassung	
24.3.	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Amtlichen Stellenplanes 2019/2020	keine Beschlussfassung	
25.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
25.1.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018	Kenntnisnahme	
25.2.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 20.09.2018	Kenntnisnahme	

25.3.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 12.09.2018	Kenntnisnahme	
25.4.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Personalausschusses am 11.09.2018	Kenntnisnahme	
25.5.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 19.09.2018	Kenntnisnahme	
25.6.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskoordination am 10.09.2018	Kenntnisnahme	
25.7.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 04.09.2018	Kenntnisnahme	
25.8.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 18.09.2018	Kenntnisnahme	
25.9.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 03.09.2018	Kenntnisnahme	
25.10.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 30.10.2018	Kenntnisnahme	
25.11.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 20.09.2018	Kenntnisnahme	
25.12.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 17.09.2018	Kenntnisnahme	
25.13.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.09.2018	Kenntnisnahme	
26.	Mitteilungen und Anfragen Nichtöffentlicher Teil		
27.	Beförderung Amtsleiter	413/18 Zustimmung	einstimmig, Seite 33
28.	Errichtung und Besetzung der Stelle eines hauptamtlichen Kreisbrandmeisters	414/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 33
29.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
29.1.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 20.09.2018	Kenntnisnahme	

29.2.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 12.09.2018	Kenntnisnahme	
29.3.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Personalausschusses am 11.09.2018	Kenntnisnahme	
29.4.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 19.09.2018	Kenntnisnahme	
29.5.	Kenntnisnahme von die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 30.10.2018	Kenntnisnahme	
29.6.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 20.09.2018	Kenntnisnahme	
29.7.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 17.09.2018	Kenntnisnahme	
29.8.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.09.2018	Kenntnisnahme	
30.	Mitteilungen und Anfragen		

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreistages:

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
3.1	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2018: Um- besetzung von Ausschüssen	384/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 11
3.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 29.11.2018: Um- besetzung von Ausschüssen	385/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
3.3	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.11.2018: Umbesetzung in Ausschüssen	386/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
3.4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.12.2018: Nachbesetzung und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	387/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 13,14,15
4.	Aufstellung von Vorschlaglisten für die Wahl der ehren- amtlichen Richter/innen beim Verwaltungsgericht Köln für die Amtszeit vom 01.04.2020 bis 31.03.2025	388/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 15
8.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 27.11.2018: Wohnen und Leben im Rhein-Sieg-Kreis	390/18 Empfehlung an KT	MB./ SPD Seite 17
8.1	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD, FDP, DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten: Resolution: Notdienstpraxis im östlichen Rhein-Sieg- Kreis einrichten	391/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17,18
10.1	Integration des freigestellten Schülerverkehrs in Born- heim und begleitende Angebotsausweitungen im Li- nienverkehr	393/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 18
10.2	Neukonzeption des Busverkehrsangebotes im Teilraum Wachtberg/Bonn-Bad Godesberg und Integration des freigestellten Schülerverkehrs	394/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 18,19
11.	Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises und der Bundesstadt Bonn	395/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
12.	Projekt "Lead City Bonn" - Finanzierung des auf den Rhein-Sieg-Kreis entfallenden Eigenanteils	396/18 Empfehlung an KT	MB./ SPD, E. LINKE, Seite 19
13.	Touristische Neupositionierung der bergischen Rhein- Sieg-Kommunen; Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises in die "Naturarena Ber- gisches Land GmbH" und in den "Naturarena Bergi- sches Land e.V."	397/18 Empfehlung an KT	einstimmig, E. LINKE, Seite 20
14.	Aufbau eines "Cybersicherheits-Clusters Bonn"; Mitgliedschaft im Verein	398/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 21
15.	Einrichtung einer Geschäftsstelle Bonn/Berlin	399/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 21

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018

TOP	Beratungsgegenstand		Vorlagen-/Antrags-Nr.
19.	Abfallentsorgung - Übertragung der Gebührenhoheit auf die RSAG AöR	403/18 Empfehlung an KT	MB./ AfD, Seite 23,24
19.1	Änderung der Unternehmenssatzung des Rhein-Sieg-Kreises über die RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts	Beschlussfassung unter TOP 19	
19.2	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden	Beschlussfassung unter TOP 19	
19.3	Abfallsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	404/18 Empfehlung an KT	MB./ AfD, Seite 24
19.4	Abfallgebührensatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	405/18 Empfehlung an KT	MB./ AfD, Seite 25
19.5	Satzung über die Gebührenerhebung im Bereich der Abfallentsorgung	Beschlussfassung unter TOP 19	
20.	Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren im Rhein-Sieg-Kreis	406/18 Empfehlung an KT	MB./ LINKE, E. AfD, Seite 27
22.	Zukunft des Sprachheilkindergartens des Rhein-Sieg-Kreises in Siegburg, Arndtstr. 4a	408/18 Empfehlung an KT	MB./ 3 SPD, 1 E. SPD, 1 E. CDU, Seite 28
23.	Jahresabschluss 2017; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2017 ausgewiesenen Jahresüberschusses	410/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 28,29
23.1	Fusion der Kreissparkasse Köln mit der Stadtparkasse Bad Honnef	411/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 29
24.1	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020	keine Beschlussfassung	
24.2	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2019/2020 mit Haushaltsplan und Anlagen	keine Beschlussfassung	
24.3	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Amtlichen Stellenplanes 2019/2020	keine Beschlussfassung	
28.	Einrichtung und Besetzung der Stelle eines hauptamtlichen Kreisbrandmeisters	414/18 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 33

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 31. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 11.12.2018:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:00 Uhr
Ort der Sitzung: B 1.12
Datum der Einladung: 29.11.2018
Einladungsnachtrag vom: 05.12.2018, 07.12.2018

Anwesende Mitglieder:

Landrat (Vorsitzender)

Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker

Vertreter für Herrn Haselier, Jörg Erich

Herr Dr. Torsten Bieber

Frau Brigitte Donie

Herr Ivo Hurnik

Frau Silke Josten-Schneider

Vertreterin für Herrn Schäferhoff, Josef

Herr Michael Solf

Herr Michael Söllheim

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Veronika Herchenbach-Herweg

Frau Ute Krupp

Herr Udo Scharnhorst

Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Alexandra Gauß

Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Vladimir Skoda

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Lehmann

Schriftführer

Herr Dirk Kassel

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Entschuldigt fehlten:Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jörg Erich Haselier

Herr Josef Schäferhoff

Vertreter/innen der Verwaltung:

Frau Udelhoven

Herr Jaeger

Herr Schmitz

Herr Schwarz

Herr Wagner

Herr Dr. Tengler

Herr Grünhage

Herr Pütz

Frau Waibel

VA Ommerborn (Kreistagsbüro)

Pressereferentin Lorenz

Vertreter der Presse

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Der Landrat eröffnete die 31. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden.

Er verwies auf die Einladung vom 29.11.2018, auf die Einladungsnachträge vom 05.12.2018 und 07.12.2018 und die Tischvorlage vom 11.12.2018. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Weiter sagte der Landrat, dass sich für die heutige Sitzung der Abg. Jörg Erich Haselier und der Abg. Josef Schäferhoff entschuldigt haben. Vertreten werde der Abg. Jörg Erich Haselier durch den Abg. Jürgen Becker, der Abg. Schäferhoff werde durch die Abg. Silke Josten-Schneider vertreten.

Zur Tagesordnung schlug der Landrat vor, den Tagesordnungspunkt 7 „Verkauf RWE-Aktien“ von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Als Begründung trug er vor, dass die Beratung bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgt sei. Abg. Lehmann stimmt dem Vorschlag zu.

Dann ließ der Landrat über die Absetzung des o.g. Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung abstimmen.

B.-Nr.
382/18

Der Kreisausschuss stimmt der Absetzung des Tagesordnungspunktes 7 von der Tagesordnung zu.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Weiter teilte der Landrat mit, dass aufgrund der nachgereichten Vorlage zu TOP „Übertragung der Gebührenhoheit auf die RSAG AöR“ eine Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 19.1, 19.2, und 19.5 nunmehr zusammengefasst unter TOP 19 erfolge. Eine Beschlussfassung zu TOP 19.3 und 19.4 bleibe bestehen.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Der Landrat stellte fest, dass Einvernehmen über die geänderte Tagesordnung bestanden habe.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 30. Sitzung des Kreisausschusses am 24.09.2018	
---	---	--

Der Landrat sagte, Einwendungen seien nicht erhoben worden. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Der Landrat sagte, dass Einwohnerfragen nicht vorliegen.

2.1	Anregungen und Beschwerden gem. § 21 KrO NRW hier: RWE-Aktien	
-----	---	--

Der Landrat schlug bezüglich der Bürgeranregung von Herrn Behlau vor, diese zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss und in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft zur verweisen.

Abg. Lehmann sagte, er rege an, dass die Verwaltung den Antragsteller zu den Sitzungen der Fachausschüsse einlade. Der Landrat stimmte der Anregung des Abg. Lehmann zu und sagte, über ein mögliches Rederecht müsse der jeweilige Ausschuss entscheiden.

B.-Nr.
383/18

Der Kreisausschuss verweist die Bürgeranregung zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss und in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

3.1	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2018: Umbesetzung von Ausschüssen	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 14.11.2018.

B.-Nr.
384/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung zu beschließen:

Ausschuss für Soziales Gleichstellung und Integration:

Der Sachkundige Bürger (SKB) Dr. Edward von Schlesinger wird anstelle des SkB Jürgen Fuchs ordentliches Mitglied.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 29.11.2018: Umbesetzung von Ausschüssen	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 30.11.2018.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung zu beschließen:**
385/18

Personalausschuss:

Der Sachkundige Bürger (SKB) Dr. Edward von Schlesinger wird anstelle des SkB Jürgen Fuchs und des SkB Wolfgang König stellvertretendes Mitglied.

Abst.-
Erg.: **Einstimmig.**

3.3	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.11.2018: Umbesetzung in Ausschüssen	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 03.12.2018.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen zu beschließen:**
386/18

Ausschuss für Inklusion und Gesundheit:

Die Sachkundige Bürgerin (SKB) Jutta Manstein wird anstelle des SkB Klaus Ringhof ordentliches Mitglied.

Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung:

Der Sachkundige Bürger (SKB) Olaf Prinz wird stellvertretendes Mitglied.

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft:

Die Sachkundige Bürgerin (SKB) Sabine Gille wird anstelle des SkB Olaf Prinz stellvertretendes Mitglied.

Abst.-
Erg.: **Einstimmig.**

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3.4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.12.2018: Nachbesetzung und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 07.12.2018.

Abg. Tandler bat um folgende Ergänzung zu Ziffer 11 des Beschlussvorschlages: Der Abg. Denis Waldästl wird ordentliches Mitglied anstelle des Abg. Udo Scharnhorst.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung zu Ziffer 11 abstimmen.

B.-Nr.
387/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen zu beschließen:

1.) Kreisausschuss:

Der Abg. Denis Waldästl wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied im Kreisausschuss.

2.) Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration:

Der Sachkundige Bürger (SKB) Matthias Großgarten wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration. Anstelle der Abg. Nicole Männig wird die Abg. Veronika Herchenbach-Herweg neues ordentliches Mitglied.

3.) Finanzausschuss:

Die Abg. Nicole Männig wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied im Finanzausschuss.

4.) BRS Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH (Gesellschafterversammlung):

Die Abg. Joline Piel wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied. Der Abg. Harald Eichner wird neues stellvertretendes Mitglied.

5.) Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für den Rhein-Sieg-Kreis mbH, GWG

(Aufsichtsrat):

Die Abg. Gisela Becker wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied.

6.) Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (Gesellschafterversammlung):

Die Abg. Gisela Becker wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied. Die Abg. Nicole Männig wird neues stellvertretendes Mitglied.

7.) Region Köln/Bonn e.V. (Mitgliederversammlung)

Die Abg. Ute Krupp wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied.

8.) Rheinische Entsorgungs-Kooperation (REK)

Der Abg. Denis Waldästl wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters neuer pers. Stellvertreter.

9.) Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR (Institutsausschuss)

Der Abg. Harald Eichner wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters neues ordentliches Mitglied. Die Abg. Cornelia Mazur-Flöer wird neues stellv. Mitglied.

10.) Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, RSAG (Aufsichtsrat)

Der Abg. Udo Scharnhorst wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters neues ordentliches Mitglied. Neue Stellvertreterin für den Abg. Udo Scharnhorst wird die Abg. Susanne Sicher. Neues stell. Mitglied für das ordentliche Mitglied Abg. Werner Albrecht wird die Abg. Nicole Männig anstelle der vormals Abg. Susanne Sicher.

11.) RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts (RSAG) AöR (Verwaltungsrat)

Die Abg. Susanne Sicher wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied. Neues stellv. Mitglied für das ordentliche Mitglied Abg. Werner Albrecht wird die Abg. Nicole Männig anstelle der vormals Abg. Susanne Sicher.

Neues stellv. Mitglied für die Abg. Susanne Sicher wird der Abg. Udo Scharnhorst.

Der Abg. Denis Waldästel wird ordentliches Mitglied anstelle des Abg. Udo Scharnhorst. Seine Stellvertreterin wird die Abg. Veronika Herchenbach-Herweg.

12.) Trägerversammlung jobcenter rhein-sieg

Die Abg. Cornelia Mazur-Flöer wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters neues stellvertretendes Mitglied.

13.) Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Kreissparkasse Köln

Die Abg. Cornelia Mazur-Flöer wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied. Die Abg. Joline Piel wird neues stellv. Mitglied.

Das ordentliche Mitglied Abg. Achim Tüttenberg scheidet aus. An seiner Stelle wird der Abg. Paul Lägel neues ordentliches Mitglied. Die Abg. Susanne Sicher wird stellv. Mitglied für den Abg. Paul Lägel.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

14.) Arbeitskreis Konsolidierung

Der Abg. Denis Waldästl wird anstelle des ausgeschiedenen Abg. Folke große Deters ordentliches Mitglied.

**Abst.-
Erg.:**

Einstimmig.

4	Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim Verwaltungsgericht Köln für die Amtszeit vom 01.04.2020 bis 31.03.2025	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 14.11.2018.

**B.-Nr.
388/18**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Wahlausschuss beim Verwaltungsgericht Köln die in der als Anhang beigefügten Vorschlagsliste aufgeführten Personen für die Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen vorzuschlagen.

**Abst.-
Erg.:**

Einstimmig.

5	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 17.08.2018: Prüfung der Einrichtung eines Präsenz-Schalters im Straßenverkehrsamt	
---	--	--

Der Landrat teilte mit, dass der Antrag in der vergangen Sitzung des Kreisausschusses am 24.09.2018 zur weiteren Beratung in die heutige Sitzung mit der Maßgabe verlegt worden sei, dass die Verwaltung den Antrag nochmal prüfen werde.

Herr Pütz sagte, vor etwa anderthalb Jahren sei die Terminsoftware im Straßenverkehrsamt eingeführt worden, was sich für die Besucherinnen und Besucher sowie für die Sachbearbeitung als vorteilhaft erwiesen habe.

Besucherinnen und Besucher auch ohne Termin versuche man, am selben Tag zu bedienen oder für den Folgetag einen Termin zu vergeben. Könne ein Termin aus verschiedenen Gründen durch die Kundinnen/Kunden nicht wahrgenommen werden, müsse man im Einzelfall klären, wie sie möglichst am gleichen Tag berücksichtigt werden können. Das Straßenverkehrsamt sei dahingehend flexibel aufgestellt und könne in den meisten Fällen helfen.

Abg. Skoda sagte, es wäre den Besucherinnen und Besuchern geholfen, wenn innerhalb des Straßenverkehrsamtes eine Ansprechstelle für diese Angelegenheiten zur Verfügung stehe, die einen Überblick über kurzfristig ausgefallene Termine habe.

Der Landrat sagte, dass dieses durch die Anmeldung beim Straßenverkehrsamt als erste Anlaufstelle, bei der auch die Vergabe der Termine erfolge, gewährleistet sei.

Der Landrat stellte fest, dass der Antrag als erledigt betrachtet werden könne. Abg. Skoda stimmte dem zu.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

6	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.11.2018: Mögliche Schadenersatzzahlungen aus Kartellrechtsverletzungen zum Nachteil der RSAG zur Beitragsstabilisierung verwenden	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung vom 14.11.2018.

Abg. Lehmann erklärte, dass der Antrag aufgrund der Vorlage der Verwaltung als erledigt anzusehen sei.

7	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 19.11.2018: Verkauf RWE-Aktien	
---	---	--

Von der Tagesordnung abgesetzt.

8	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 27.11.2018: Wohnen und Leben im Rhein-Sieg-Kreis	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die nachgereichte Vorlage der Verwaltung.

Hinsichtlich des Antrages der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE bemerkte Abg. Tandler, wenn man statt einer Analyse die Konsequenzen mit aufgeführt hätte sei Antrag auch im Interesse seiner Fraktion. Dabei verwies er auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.11.2018, der ähnliche Ziele beinhaltete.

Weiter sagte er, er beantrage zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE als neue Ziffer 8 die Aufnahme folgender Forderung aus dem Antrag seiner Fraktion vom 07.11.2018: „Es ist übergeordnetes Ziel 1.500 neue Wohnungen im Bestand der GWG des Rhein-Sieg-Kreises bis 2025 zu realisieren.“

Abg. Dr. Bieber sagte, im Finanzausschuss sei berichtet worden, was die GWG hinsichtlich des Wohnungsbaus pro Jahr leisten könne. Das Problem sei nicht die Bautätigkeit der GWG sondern die verfügbaren Baugrundstücke. Zudem sei die Forderung von 1.500 neuen Wohnungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie gegenüber der GWG nicht ehrlich fair. Die von der SPD-Kreistagsfraktion vorgeschlagene neue Ziffer 8 zum Antrag werde seine Fraktion nicht mittragen können, da sie an der Realität vorbeigehe. Die Geschäftsführung der GWG habe mitgeteilt, wo Grundstücke für die GWG vorhanden seien, werde sie diese bebauen. Letztendlich werde man keine Ziele festlegen, die in der Realität nicht erfüllbar seien.

Abg. Tandler erwiderte, der Vorschlag für die Antragsergänzung unter Ziffer 8 sei ein Angebot gewesen. Sollte die CDU-Kreistagsfraktion das nicht mittragen können, wird seine Fraktion den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE ablehnen.

Abg. Lehmann bemerkte, in Ruppichterorth sei der GWG ein Grundstück kostenfrei angeboten worden. Sie habe jedoch aus wirtschaftlichen Erwägungen abgelehnt, dort zu bauen.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Steiner sagte, er könne die wirtschaftliche Betrachtungsweise der GWG nachvollziehen. In dem gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNE habe man darauf verzichtet konkrete Zahlen für den Wohnungsbau festzulegen, da man die Angelegenheit realistisch betrachten müsse.

Abg. Dr. Lamberty wies darauf hin, unter Ziffer 6 des gemeinsamen Antrages sei hinreichend beschrieben, was die GWG zu leisten habe. Er unterstütze die Vorredner, dass ein fixes Zahlenwerk nichts bringe, wenn man wisse, wie problematisch es sei, geeignete Grundstücke zu finden. Er stimme für seine Fraktion dem gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNE zu und hoffe, dass die Verwaltung in der Lage sei, aus diesen umfangreichen Vorschlägen ein geeignetes Konzept zu entwickeln.

Dann lies der Landrat über den o.g. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

B.-Nr.
298/18

Der Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ab.

Abst.-
Erg.:

MB./ SPD, LINKE.

Dann ließ der Landrat über den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE abstimmen.

B.-Nr.
390/18

Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE vom 27.11.2018 zu.

Abst.-
Erg.:

MB./ SPD.

8.1	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD, FDP, DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten: Resolution: Notdienstpraxis im östlichen Rhein-Sieg-Kreis einrichten	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf den Antrag vom 07.11.2018.

B.-Nr.
391/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Resolution zu beschließen:

Der Kreistag des Rhein-Sieg Kreis beschließt, dass der Landrat mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein über die Einrichtung einer Notfallpraxis im östlichen Rhein-Sieg-Kreis verhandeln soll.

Der Kreistag stellt fest, dass die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein bei der Wahl des Standortes einer zweiten Notfallpraxis im rechtsrheinischen Kreisgebiet des Rhein-Sieg-Kreis besondere Priorität auf die Versorgung des östlichen Rhein-Sieg-Kreises legen muss.

Der Landrat wird gebeten, diese Resolution an die Kassenärztliche Vereinigung Mordrhein weiterzuleiten und sich dafür einzusetzen, dass es zu

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

einer Einrichtung einer Notfallpraxis im östlichen Kreisgebiet kommt.

Darüber hinaus wird er gebeten, Gespräche mit allen Beteiligten zu führen, um die Einrichtung einer Notdienstpraxis im östlichen Rhein-Sieg-Kreis zu realisieren.

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

9	Richtlinien zur Förderung der Allgemeinen Sozialberatung im Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 26.11.2018.

**B.-Nr.
392/18** Der Kreisausschuss beschließt die „Richtlinien zur Förderung der Allgemeinen Sozialberatung im Rhein-Sieg-Kreis“ in der beiliegenden Fassung.

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

10	Fortschreibung des Nahverkehrsplans	
----	-------------------------------------	--

10.1	Integration des freigestellten Schülerverkehrs in Bornheim und begleitende Angebotsausweitungen im Linienverkehr	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 27.11.2018.

**B.-Nr.
393/18** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Verwaltung zu beauftragen, die Integration des Schülerspezialverkehrs Bornheim in den Linienverkehr und die begleitenden Angebotsausweitungen im Rahmen der Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes in der Stadt Bornheim gemäß dem von der Verwaltung entwickelten Konzept zum Schuljahresbeginn 2019/2020 am 28.08.2019 umzusetzen.

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

10.2	Neukonzeption des Busverkehrsangebotes im Teilraum Wachtberg/Bonn-Bad Godesberg und Integration des freigestellten Schülerverkehrs	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 27.11.2018.

**B.-Nr.
394/18** Der Kreisausschuss empfiehlt den Kreistag, das Buskonzept Wachtberg vorbehaltlich des Umsetzungsbeschlusses der Gemeinde Wachtberg zum Fahrplanwechsel am 28.08.2019 umzusetzen.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Abst.-
Erg.:** **Einstimmig.**

11	Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises und der Bundesstadt Bonn	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 27.11.2018.

**B.-Nr.
395/18**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag den Inhalten/Ergebnissen des

- a) **Gewerbeflächenkonzeptes 2035 für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises,**
- b) **Gemeinsamen Fachgutachtens Gewerbe- und Industrieflächen Bonn und Rhein-Sieg-Kreis**

zuzustimmen und die Verwaltung zu beauftragen, diese der Bezirksregierung Köln als Grundlage der Neuaufstellung des Regionalplanes offiziell vorzulegen.

**Abst.-
Erg.:** **Einstimmig.**

12	Projekt "Lead City Bonn" - Finanzierung des auf den Rhein-Sieg-Kreis entfallenden Eigenanteils	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 27.11.2018 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses am 10.12.2018.

Dezernentin Udelhoven teilte mit, dass in dem Beschlussvorschlag der Vorlage die Formulierung „Finanzierung über die allgemeine Kreisumlage“ durch „Finanzierung über die Ausgleichrücklage“ ersetzt werden müsse.

**B.-Nr.
396/18**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Die vom Rhein-Sieg-Kreis aufgrund der Teilnahme am Projekt „Lead City Bonn“ zu tragenden Eigenanteile sowie die in den Städten und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises erbrachten zusätzlichen Verkehrsleistungen (planmäßige Wagenkilometer) werden nicht in die Berechnung der ÖPNV-Umlage der Jahre 2019 und 2020 einbezogen.

Die Finanzierung erfolgt über die Ausgleichsrücklage.

**Abst.-
Erg.:**

MB./ SPD, Enth. LINKE.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
13	Touristische Neupositionierung der bergischen Rhein-Sieg-Kommunen; Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises in die "Naturarena Bergisches Land GmbH" und in den "Naturarena Bergisches Land e.V."	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 22.11.2018. Weiter führte er aus, dass drei Mitglieder für die Gesellschafterversammlung benannt werden müssten. Für die Verwaltung werde Frau Kohlhaas und als ihre Vertreterin Frau Jacob vorschlagen. Darüber hinaus gäbe es einen Sitz für die Vertreter der vier Kommunen. Hierbei müssten sich die Kommunen auf eine Vertretung sowie seine Stellvertretung einigen. Ein weiterer Sitz stehe der Politik für einen Vertreter sowie Stellvertreter aus dem Kreistag zur Verfügung.

Kreiswirtschaftsförderer Dr. Tengler teilte mit, nach § 6 Abs. 2 des Gesellschaftervertrages könne jeder Gesellschafter bis zu 3 Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung sei möglich.

Der Landrat bat, die Verteilung der Sitze auf politischer Ebene bis zur Sitzung des Kreistages fraktionsübergreifend zu klären und ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
397/18

- 1. Vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der „Naturarena Bergisches Land GmbH“ am 10.12.2018 und dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung des Rhein-Sieg-Kreises für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:**

Der Rhein-Sieg-Kreis wird stellvertretend für die bergischen Kommunen Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid und Ruppichteroth Gesellschafter der „Naturarena Bergisches Land GmbH“.

- 2. Vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliederversammlung des „Naturarena Bergisches Land e.V.“ am 10.12.2018 und dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung des Rhein-Sieg-Kreises für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:**

Der Rhein-Sieg-Kreis wird Mitglied im Verein „Naturarena Bergisches Land e.V.“.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig. Enth. LINKE.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
14	Aufbau eines "Cybersicherheits-Clusters Bonn"; Mitgliedschaft im Verein	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 22.11.2018.

B.-Nr.
398/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung des Rhein-Sieg-Kreises für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rhein-Sieg-Kreis wird Mitglied im Verein „Cyber-Security-Cluster Bonn e.V.“.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

15	Einrichtung einer Geschäftsstelle Bonn/Berlin	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 22.11.2018.

B.-Nr.
399/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung des Rhein-Sieg-Kreises für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rhein-Sieg-Kreis stimmt der Einrichtung einer Geschäftsstelle Bonn/Berlin zu.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

16	Errichtung eines neuen Bildungsganges „Zweijährige Höhere Berufsfachschule Ingenieurtechnik“ am Carl-Reuther-Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Hennef zum Schuljahr 2019/2020	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 20.11.2018.

B.-Nr.
400/18

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung des neuen Bildungsganges „Zweijährige höhere Berufsfachschule Ingenieurtechnik“ nach Anlage C der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs (APO-BK) am Carl-Reuther-Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Hennef zum Schuljahr 2019/2020 im Rahmen eines Schulversuchs bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

17	Fördernde offene Ganztagschule (FOGS) und ergänzende Betreuungsangebote an den Förderschulen des Rhein-Sieg-Kreises; Einrichtung einer Übermittagsbetreuung an der Schule An der Wicke in Alfter	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 20.11.2018.

B.-Nr.
401/18

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

An der Schule An der Wicke in Alfter, Förderschule für Sprache, wird im Schuljahr 2018/19 zum nächstmöglichen Zeitpunkt (Planung: Frühjahr 2019) eine Gruppe der Übermittagsbetreuung für bis zu 16 Schüler/innen eingerichtet. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Kreistages zum Doppelhaushalt 2019/20 und dessen Genehmigung.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

18	Anpassung der Vereinbarung mit der Franziskus-Schule in Neunkirchen-Seelscheid e.V. über die Beschulung von Schülern aus dem Rhein-Sieg-Kreis	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 20.11.2018.

B.-Nr.
402/18

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Franziskus-Schule Neunkirchen-Seelscheid e.V. in der Weise zu ändern, dass der Rhein-Sieg-Kreis künftig dem Verein nicht mehr für Schüler/innen aus dem Rhein-Sieg-Kreis mit dem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf geistige Entwicklung, sondern für Schüler/innen mit dem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf emotionale und soziale Entwicklung einen Zuschuss leistet.**
2. **Die Zuschusshöhe wird von 2.000 € auf 2.500 € pro Schüler/in je Schuljahr angepasst.**
3. **Die Umstellung der Zuschussgewährung erfolgt ab dem zweiten Schulhalbjahr des Schuljahres 2018/19. Insofern wird für das Schuljahr 2018/19 zu 50% die bisherige und zu 50 % die angepasste Zuschusshöhe (siehe 2.) geleistet.**
4. **Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Kreistages zum Doppelhaushalt 2019/20 und dessen Genehmigung.**

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
19	Übertragung der Gebührenhoheit auf die RSAG AöR	

Der Landrat sagte, aufgrund der nachreichten Beschlussvorlage (Anlage 37) können die Tagesordnungspunkte 19.1, 19.2 und 19.5 unter diesem Tagesordnungspunkt beschlossen werden.

Darüber hinaus verwies er auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Finanzausschusses am 10.12.2018.

Abg. Skoda sagte, wie bereits seine Fraktion in den Beratungen in den Fachausschüssen mitgeteilt habe, sei man der Ansicht, dass die Übertragung der Gebührenhoheit auf die AöR nicht angemessen sei, da der Vorbehalt für den Kreistag in § 8 aus Sicht seiner Fraktion nicht als ausreichend anzusehen sei. Die offenbar angestrebte Vereinfachung sei zudem nicht überzeugend. Es werde eine neue Struktur gebildet, aus der die RVK bezahlt werde. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Abg. Scharnhorst sagte, auf Seite 44, handschriftlich der Vorlage, ergebe sich, dass eine vorherige Entscheidung des Kreistages erforderlich sei. In den Fällen der Ziffer 2 unterliege demnach der Verwaltungsrat den Weisungen des Kreistages. Dadurch sei impliziert, dass der Weisung des Kreistages eine Beratung im Kreistag vorausgehe. Er fragte, ob dieses den Unterschied ausmache?

Dezernent Schwarz bestätigte das.

B.-Nr.
403/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

- a) **Der Kreistag beschließt, der als Anhang 1 beigefügten Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden zuzustimmen.**
- b) **Der Kreistag beschließt die als Anhang 3 beigefügte Änderung der Unternehmenssatzung des Rhein-Sieg-Kreises über die RSAG Anstalt öffentlichen Rechts (AöR).**
- c) **Der Kreistag beschließt die als Anhang 4 beigefügte Satzung über die Gebührenerhebung im Bereich der Abfallentsorgung.**
- d) **Der RSAG AöR wird für den im Zuge der Übertragung der Abfallgebührenhoheit übergehenden Verpflichtungsüberhang, der sich aus dem Saldo von übergehenden Verpflichtungen zum Ausgleich von Gebührenüberdeckungen aus Abfallgebühren der Vorjahre nach § 6 Abs. 2 KAG NRW abzüglich des Bestandes von offenen Gebührenforderungen zuzüglich des Bestandes von offenen Gebührenverbindlichkeiten aus Überzahlungen u. ä. zum Übertragungstichtag errechnet, ein Barausgleich (Liquiditätsausgleich) aus Mitteln des Rhein-Sieg-Kreises gezahlt.**
- e) **Sämtliche per 31.12.2018 in der Bilanz des Rhein-Sieg-Kreises noch vorhandenen Aktiva aus der sog. „Trienekens-Schadenersatzzahlung“ werden zur weiteren Ausführung des am 09.12.2015 gefassten Beschlusses des Kreistages zur Verwendung jener Gelder - unter Berücksichtigung der vor-**

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

her beschlossenen Übertragung der Satzungshoheit für die Abfall- und die Gebührensatzung vom Rhein-Sieg-Kreis auf die RSAG AöR - rechtsgeschäftlich auf die RSAG AöR übertragen. Die Übertragung umfasst sämtliche zurzeit noch vorhandenen Guthaben bei Banken sowie die offenen Forderungen aus den in der Vergangenheit vom Rhein-Sieg-Kreis an die RSAG mbH ausgereichten Investitionsdarlehen aus der Schadenersatzzahlung.

Die Übertragung erfolgt mit der Bestimmung und Zweckbindung entsprechend dem Kreistagsbeschluss vom 09.12.2015 (Anhang 5), welche nunmehr für die RSAG AöR gelten.

Die Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises wird durch den Kreistag ermächtigt, den Beschluss rechtsgeschäftlich (durch Auskehrung von Barmitteln, Abtretung von Forderungen, Eintritt der RSAG AöR in bestehende Verträge etc.) umzusetzen.

Abst.-**Erg.:**

MB./. AfD.

19.1	Änderung der Unternehmenssatzung des Rhein-Sieg-Kreises über die RSAG AöR	
------	---	--

Die Beschlussfassung erfolgte unter TOP 19.

19.2	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden	
------	--	--

Die Beschlussfassung erfolgte unter TOP 19.

19.3	Abfallsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2018.

B.-Nr.**404/18**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag,

1. das Außerkrafttreten der Satzung über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis im Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2018 gültigen Fassung zum 31.12.2018 zu beschließen und
2. die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises im Verwaltungsrat der RSAG AöR anzuweisen, der Satzung der RSAG – Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) über die Entsorgung von Abfällen im Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises (Abfallsatzung) in der ab dem 1. Januar 2019 gültigen Fassung zuzustimmen.

Abst.-**Erg.:**

MB./. AfD.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

19.4	Abfallgebührensatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2018.

B.-Nr.
405/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag,

1. **das Außerkrafttreten der Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in seinem Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2018 gültigen Fassung zum 31.12.2018 zu beschließen und**
2. **die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises im Verwaltungsrat der RSAG AÖR anzuweisen, der Satzung der RSAG – Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) über die Heranziehung zu Gebühren für die Entsorgung von Abfällen im Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises (Gebührensatzung) in der ab dem 1. Januar 2019 gültigen Fassung zuzustimmen.**

Abst.-
Erg.:

MB./. AfD

19.5	Satzung über die Gebührenerhebung im Bereich der Abfallentsorgung	
------	---	--

Die Beschlussfassung erfolgte unter TOP 19.

20	Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren im Rhein-Sieg-Kreis	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 03.12.2018.

Auf Nachfrage des Abg. Scharnhorst hinsichtlich einer geänderten Kenntnislage bezüglich der Zustimmung und Billigung der Krankenkassen teilte Dezernent Jaeger mit, dass die Krankenkassen mit ihrer Stellungnahme vom 6. Dezember 2018 verschiedenen Punkten der Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren widersprochen hätten. Zu dieser Stellungnahme habe sich die Verwaltung mit Schreiben vom 11.12.2018 geäußert und mitgeteilt, dass man die erhobenen Einwände nicht akzeptiere, da die Krankenkassen von falschen Voraussetzungen ausgingen.

Abg. Lehmann sagte, es interessiere ihn, welche Einwände die Krankenkassen vortragen würden. Er wies auf die Demonstration in den Jahren 2012/2013 bezüglich der Vergabe der Krankentransportleistungen hin. Seinerzeit sei mitgeteilt worden, dass die Vergabe dringend notwendig gewesen sei und es keinen Spielraum für den Rhein-Sieg-Kreis gegeben habe. Weiter bemerkte Abg. Lehmann, die Stadt Solingen habe gegen dieses Vergabedekret Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. Nach seiner Kenntnis habe sich der Generalanwalt für das Begehren der Stadt Solingen ausgesprochen, sodass der Kreis diese Kostensteigerung, die damals im Zuge des Vergabeauftrages entstanden sei, nicht hätte tragen müssen. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Dezernent Jaeger erwidert, eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes liege bisher nicht vor. Der Kreis habe die Vergabe seinerzeit auf Basis der bestehenden Rechtslage durchgeführt. Hinsichtlich der vorgetragenen Einwände der Krankenkassen teilte er mit, dass diese sich auf die Mietkostenhöhe, den Einsatz von Schwerlastrettungstransportwagen sowie auf die Kosten der notärztlichen Versorgung beziehen würden. Die Verwaltung habe den Krankenkassen entsprechend geantwortet.

Weiter wies er darauf hin, dass ein Einvernehmen mit den Krankenkassen im Rechtssinne nicht erforderlich sondern lediglich „anzustreben“ sei. Das Amt habe alles unternommen, um seine Kalkulation zu erläutern und den Kostenträgern plausibel zu machen. Wenn das aber nicht akzeptiert werde, entscheide am Ende der Kreis über die Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren.

Der Landrat schlug vor, das Schreiben der Krankenkassen sowie die Antwort der Verwaltung den Fraktionen zur kommenden Kreistagssitzung zur Verfügung zu stellen.

Weiter merkte er an, man müsse sich an eine Ausschreibung halten, solange sie nicht aufgehoben werde. Zudem könne man im Vorfeld nicht wegen einer möglicherweise zu erwartende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes auf eine Anpassung der Gebührensatzung verzichten. Das halte er für nicht zielführend.

Abg. Skoda fragte, ob sich die Rechtslage in der Art gestalte, dass die kompletten Gebühren der Rettungsdienste über die Gebühren verteilt werden müssten oder ob es einen Spielraum gebe, indem der Kreis einen Teil der Gebühren für die Vorhaltung dieser Dienste über die allgemeine Umlage finanzieren könne. So sei es möglich, dass man auf diese Weise die Gebühren möglicherweise anpassen und senken könne.

Der Landrat wies hierzu auf die gesetzliche Übertragungspflicht hin.

Abg. Steiner sagte, durch die damalige Ausschreibung des Rhein-Sieg-Kreises und der daraus resultierenden Stärkung des Ehrenamtes könnten die vorherigen Strukturen im Rettungsdienst erhalten werden. Das Verfahren sei für den Kreis eine große Herausforderung und viel Arbeit gewesen und für die Hilfsorganisationen erfolgreich ausgegangen.

Weiter führte er aus, die großen Kostensteigerungen in der Gebührenordnung hingen von zwei Faktoren ab. Einerseits gäbe es gesteigerte Anforderungen durch den Rettungsbedarfsplan, wonach mehr Rettungsmittel aufgrund steigender Einsatzzahlen vorgehalten werden müssten. Zudem werde der Verlust aus den Vorjahren nach dem Gebührenrecht in die Gebühr mit einberechnet, aus der sich eine überproportionale Steigerung ergebe. Dieser Umstand sei in der Sitzung des Fachausschusses eindeutig erklärt worden. Nach dem Gebührenrecht würden die Kosten für die Krankentransporte in voller Höhe umgelegt.

Auf Nachfrage des Abg. Scharnhorst, ob die wirklich gravierenden Steigerungen der Positionen Krankentransport, KTW und RTW unstrittig seien, sagte der Landrat, dass hierzu die Verwaltung den Fraktionen die Korrespondenz zwischen den Krankenkassen und der Verwaltung über die Fraktionspostfächer zukommen lasse.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Anmerkung des Schriftführers:

Die Information des Amtes für Bevölkerungsschutz wurde am 12.12.2018 als Nachsendung zur Kreistagsitzung an alle Kreistagsabgeordneten sowie an die Fraktionen verteilt.

Zu den Ausführungen des Abg. Skoda sagte der Abg. Söllheim, in der Sitzung des Fachausschusses habe man das Thema intensiv bezüglich der Notwendigkeit einer Ersatzhaltung und Vorratshaltung nach den bestehenden Bedarfsplänen erörtert. Insbesondere bei Großereignissen, bei denen mehr Rettungsmittel zur Verfügung stehen müssen, müsse der Kreis eine adäquate Einsatzbereitschaft herstellen. Dass müssten die Krankenkassen dann mittragen.

Weiter teilte der Abg. Söllheim mit, dass seit dem Jahre 2010 bis heute die Einsatzzahlen von 60.000 auf 122.000 gestiegen seien. Zudem werde die Notrufnummer 112 statt der alternativ zur Verfügung stehenden Rufnummer 116117 immer öfter genutzt, auch wenn im Einzelfall dieser Notruf nicht immer notwendig sei. Diese Kosten würden den Kreis zusätzlich belasten.

Eine Ablehnung der Neukalkulation der Gebührensatzung bedeute, dass diese Kosten beim Kreis verblieben. Dafür habe er kein Verständnis, da diese Kosten von den Krankenkassen zu tragen seien.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
406/18

Der Kreisausschuss empfiehlt (nach dem jetzigen Kenntnisstand) dem Kreistag, der als Anhang beigefügten Gebührenkalkulation (Anhang 1) zuzustimmen und die neue Gebührensatzung für den Rettungsdienst des Rhein-Sieg-Kreises (Anhang 2) zu beschließen.

Abst.-
Erg.:

MB./ LINKE, Enth. AfD.

21	Richtlinien zur Förderung von Programmen der Gesundheitsprävention im Rhein-Sieg-Kreis	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 04.13.2018.

B.-Nr.
407/18

Der Kreisausschuss beschließt, die Richtlinien zur Förderung von Programmen der Gesundheitsprävention im Rhein-Sieg-Kreis mit Wirkung zum 01.01.2019 zu erlassen.

Abst.-
Erg.

Einstimmig.

22	Zukunft des Sprachheilkindergartens des Rhein-Sieg-Kreises in Siegburg, Arndtstr. 4a	
----	--	--

Der Landrat wies darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 04.12.2018 der Beschlussvorschlag getrennt nach Ziffer 1 (mehrheitlich) und Ziffer 2 (einstimmig) beschlossen worden sei.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Auf Nachfrage des Landrates bestand Einvernehmen, dass über den Beschlussvorschlag getrennt abgestimmt werden solle.

Auf Nachfrage des Abg. Lehmann, ob mit der Beendigung der Trägerschaft des Rhein-Sieg-Kreises zwangsläufig auch der Betrieb des Kindergartens sowie die Möglichkeit bestehe, dass die Stadt Siegburg ein Angebot erhalte, den Betrieb des Kindergartens zu übernehmen, sagte der Landrat, es gebe seitens des Kreises Unterstützungsbemühungen, einen anderen Träger für den Kindergarten zu finden. Der Kreis müsse zunächst den Grundsatzbeschluss fassen, dass diese Einrichtung mit Ablauf des Kindergartenjahres im Jahre 2020 geschlossen werde. Es wäre wünschenswert, einen adäquaten Übergang für einen weiteren Betrieb des Kindergartens zu finden.

Dezernent Schmitz ergänzte, der Kreis sei mit Trägern im Austausch, die im Bereich der Inklusion tätig seien, um einen integrativen Kindergarten zu führen, der wirtschaftlicher ausgerichtet werden könne und eine bessere Finanzierung gegenüber dem Landschaftsverband erreiche.

Dann ließ der Landrat über die Beschlussvorschläge abstimmen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

**B.-Nr.
408/18** 1. **Der Rhein-Sieg-Kreis beendet mit dem Ablauf des Kindergartenjahres 2019/2020 die Trägerschaft für die heilpädagogische Einrichtung „Die Sprechdachse“.**

**Abst.-
Erg.:** MB./ 3 SPD, 1 Enth. SPD, 1 Enth. CDU.

**B.-Nr.
409/18** 2. **Die Verwaltung wird beauftragt, Überlegungen für den Aufbau eines Systems früher Hilfen aus diagnostischer Sicht anzustellen und dem Ausschuss für Inklusion und Gesundheit regelmäßig zu berichten.**

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

23	Jahresabschluss 2017; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2017 ausgewiesenen Jahresüberschusses	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses am 10.13.2018.

**B.-Nr.
410/18** **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:**

"Der in der Ergebnisrechnung des Rhein-Sieg-Kreises im Haushaltsjahr 2017 entstandene Jahresüberschuss in Höhe von 7.519.655,40 € wird im Umfang von 2.800.160,02 € der Allgemeinen Rücklage und im Umfang von 4.719.495,38 € der Ausgleichsrücklage zugeführt."

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.-**Erg.:** Einstimmig.

23.1	Fusion der Kreissparkasse Köln mit der Stadtparkasse Bad Honnef	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses am 10.13.2018.

B.-Nr.
411/18

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- I. **Der Kreistag trifft - vorbehaltlich des Beschlusses des Rates der Stadt Bad Honnef - folgende Beschlussempfehlung an die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln (KSK) und weist die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in der Zweckverbandsversammlung der KSK nach § 26 Abs. 5 Satz 4 Kreisordnung NRW (KrO NRW) an, wie folgt zu votieren:**
 1. **Die Stadtparkasse Bad Honnef wird von der Kreissparkasse Köln nach § 27 Abs. 1 Satz 1, 2. Fall des Gesetzes über die Sparkassen sowie über die Sparkassen- und Giroverbände (Sparkassengesetz – SpkG -) in der Fassung vom 15. November 2016 (GV NRW S. 966) zum 1. August 2019 nach Werten der Jahresschlussbilanz zum 31. Dezember 2018 aufgenommen.**
 2. **Mit Vollzug der Aufnahme verliert die Stadtparkasse Bad Honnef ihre eigenständige Rechtspersönlichkeit. Träger der vereinigten Sparkasse wird ab dem 1. August 2019 - vorbehaltlich der sparkassenrechtlichen Genehmigung - der Zweckverband für die KSK.**
 3. **Dem nach § 27 Abs. 3 Satz 1 SpkG zu schließenden öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Zweckverband für die KSK und der Stadt Bad Honnef über die Aufnahme der Stadtparkasse Bad Honnef durch die KSK (Anhang 1) wird zugestimmt.**
- II. **Der Kreistag stimmt dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Rhein-Erft-Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Oberbergischen Kreis über die Vertretung der Mitglieder des Zweckverbands für die KSK in den Organen des Zweckverbandes für die KSK und im Verwaltungsrat der KSK zu (Anhang 2).**
- III. **Der Kreistag stimmt der als Anhang 3 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bad Honnef im Zusammenhang mit der Aufnahme der Stadtparkasse Bad Honnef durch die Kreissparkasse Köln zu (Anhang 3).**

Abst.-**Erg.:** Einstimmig.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
24	Haushalt 2019/2020	

Der Landrat schlug vor, die Beratung zum Haushalt 2019/2020 wie in den Jahren zuvor in die kommende Sitzung des Kreistages am 17.12.2018 zu verweisen.

Hierüber bestand Einvernehmen.

Abg. Tandler teilte mit, er hätte gerne in der heutigen Sitzung des Kreisausschusses ein Votum hinsichtlich der laufenden Nummern 31 bis 31c auf Seite 6 der Übersicht über die Haushaltsanträge der Fraktionen, Gruppe und Einzelabgeordnete zur Thematik Erstattung der Entsorgungsgebühren für die Tafeln.

Anmerkung des Schriftführers:

Die Beratung hierzu ist unter TOP 24.2 aufgeführt.

24.1	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020	
------	--	--

Keine Beratung/Beschlussfassung (siehe TOP 24).

24.2	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2019 / 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen	
------	--	--

Abg. Tandler sagte, der in der Sitzung des Finanzausschusses beschlossene Zuschuss in Höhe von 10.000 Euro für die Tafeln im Rhein-Sieg-Kreis sei nicht ausreichend. Seine Fraktion habe deswegen einen Betrag von 17.000 Euro für die Tafeln gefordert. Er appelliere an die Mitglieder des Kreisausschusses, in der heutigen Sitzung einen entsprechenden Beschluss zu fassen, indem der Betrag um 7.000 Euro auf 17.000 Euro erhöht werde. Er verwies hierbei auf die ehrenamtliche Arbeit der Tafeln. Zudem habe man den Vorschlag unterbreitet, einen Sozialfond einzurichten, der jedoch abgelehnt worden sei.

Seine Fraktion beantrage, den Ansatz für die Tafeln auf 17.000 Euro zu erhöhen.

Abg. Dr. Bieber sagte, nach Aussage der Vorsitzenden des SKM gebe es jenseits der Eitorfer Tafel nicht den Wunsch auf eine Erstattung der Müllgebühren. In der Sitzung des Finanzausschusses am 10.12.2018 habe man zudem dargestellt, dass die Probleme der Tafeln auch andere Bereich wie beispielsweise Mietzahlungen tangieren und nicht nur auf die Abfallgebühren reduziert werden können. Man wolle die Diskussion über die Abfallgebühren beenden, da sie in eine falsche Richtung gehe. Zudem sei das bei Trägervereinen des SKM nicht gewünscht ist. Der SKM habe ausdrücklich gesagt, er könne der beschlossenen Lösung zustimmen. Er halte jedoch einen institutionellen Zuschuss für die Tafeln für nicht richtig. Es sei Aufgabe des Staates, dass die Tafeln nicht benötigt würden.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion seien die Probleme der Eitorfer Tafel nicht repräsentativ für den Rhein-Sieg-Kreis. Der Kreis könne nicht alleine für die Behebung des Problems zuständig sein. Hierbei gehe es auch um die Zuständigkeit der Kommunen und in diesem Fall die der Gemeinde Eitorf.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Betrag in Höhe von 10.000 Euro werde im Kreishaushalt zur Verfügung gestellt. Über die Verteilung der Mittel werde sich die Verwaltung mit den Trägern der Tafeln austauschen. Dieser Vorschlag wurde in der Sitzung des Finanzausschusses am 10.12.2018 einstimmig beschlossen. Er sehe heute keine neuen Argumente, von diesem Beschluss abzurücken.

Dann ließ der Landrat über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion bezüglich der Erhöhung des Ansatzes von 10.000 Euro auf 17.000 Euro für die Tafeln abstimmen.

B.-Nr.
412/18

Der Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD Kreistagsfraktion ab.

Abst.-
Erg.:

MB./ SPD, LINKE.

24.3	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Amtlichen Stellenplanes 2019/2020	
------	--	--

Keine Beratung/Beschlussfassung (siehe TOP 24).

25	Kenntnisnahme von Niederschriften	
----	-----------------------------------	--

25.1	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.2	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 20.09.2018	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.3	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 12.09.2018	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.4	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Personalausschusses am 11.09.2018	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.5	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 19.09.2018	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

31. Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

25.6	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskoordination am 10.09.2018	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.7	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 04.09.2018	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.8	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 18.09.2018	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.9	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 03.09.2018	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.10	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 30.10.2018	
-------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.11	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 20.09.2018	
-------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.12	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 17.09.2018	
-------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25.13	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.09.2018	
-------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

26	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils